

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei **Krupski (C. S. Mirci & Co.)**
Breitstraße 11;
in Gnesen
bei Herrn **Th. Spindler**,
Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 1,
in Grah bei Herrn **F. Streifand**;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Paube & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Potsdam, Magdeburg, St. Gallen:
Adolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Vohla:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
A. Reimer, Schöplag;
in Breslau: **Emil Kuhnke**.

Nr. 549.

Donnerstag, 23. November

1871.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 1¼ Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,
sind an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 22. November. [Reichstag.] Die Gesekentwürfe be-
treffend den Nachtrag zum Haushaltsetat pro 1871, Einführung
des Quartierleistungsgesetzes in Baden, Einführung des Nord-
deutschen Bundesgesetzes über Unterstützung bedürftiger Familien
von Erbschaftserben in Baden, werden ohne Debatte in dritter
Berathung genehmigt. Ebenso der Gesekentwurf über die Ein-
führung des Nordd. Bundesgesetzes betreffend die Kriegsdienstver-
pflichtung in Bayern. Die Paragraphen Eins und Drei werden un-
verändert genehmigt, Zwei in der Fassung der Regierungsvorlage wie-
derbergestellt. Im Laufe der Diskussion betonte der Württembergische
Minister v. Mittnacht, gegenüber den Ausführungen Hölders, daß die
Württembergische Regierung sich das Recht wahre, bei Aufgabe von
Reservatrechten auch ohne Einvernehmen mit der Kammer vorzugehen,
weil nach dem Bündnisvertrage nur die Zustimmung des Bundesraths
in Betracht komme.

Karlsruhe, 22. Nov. Der Großherzog erteilte heute den Ver-
tretern von Italien, Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt,
welche sämtlich von ihrem Posten abberufen sind, Abschiedsaudienzen.

Wien, 22. Nov. Nach der heutigen „Neuen fr. Pr.“ wird das
Ministerium in folgender Weise zusammengesetzt sein: Auerberg —
Präsidentium und Landesverteidigung, Glaser — Justiz, Unger — ohne
Portefeuille, Passer — Inneres, Schlunegger — Ackerbau, Streinmayr —
Kultur, Handel und Finanzen sind noch unbesetzt. — Der gestrigen
Konferenz wohnten die Führer der Verfassungspartei bei, darunter
Kaiserfeld, Nechbauer, Sturm, Herbst, Giska und Hasner. Fürst
Auerberg entwickelte sein verfassungstreues Programm, worauf sich
eine lebhafte Debatte entspann. Die Verfassungspartei beschloß, das
auf Grund dieses Programmes zustandegekommene Ministerium Auer-
berg in der künftigen Reichsraths-session zu unterstützen. — Die heutige
„Neue fr. Pr.“ meldet noch: Sämtliche Landtage werden aufgelöst,
der Reichsrath wird noch vor Weihnachten einberufen. — Ueber
Großpolens Verbleiben schweben noch Unterhandlungen. — Das von
der verfassungstreuen Partei angenommene Programm Auerbergs
soll manche Konzeption an Galizien enthalten. — Die heutige „Presse“
meldet, daß ein Konsortium deutscher Banken den Kommissionsären des
ungarischen Anlehens einen Antrag auf Übernahme eines Dritttheils
desselben gestellt habe. — Die ungarische Bodenkreditanstalt hat defi-
nitiv die Ausführung der Arrangements in der Langrandangelegenheit
übernommen. — Eine Gruppe deutscher Banken und Firmen hat der
Frankobank ein beachtenswerthes Angebot für Abnahme des Rechtes
dieselben auf das Wiener Kommunalanlehen gemacht.

(Privatdep. der Pos. Ztg.)

Prag, 21. Novbr. Der Föderalistkongreß ist zu einer Privat-
konferenz zusammengedrungen. Der Czechklub hat seine Betheil-
igung versagt. Der eigentliche Kongreß ist bis zum Johannisfest ver-
schoben. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Agram, 21. Nov. Die Nationalpartei konferrirt in Wien durch
eine Mittelsperson mit dem Grafen Pothay; eine Verständigungsbaßis
soll gefunden sein. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Paris, 22. Nov. Der „Siècle“ schreibt, daß die pariser Börse
gegenwärtig der Kampfplatz von Finanztheorien sei. — Der „Messager“
sieht hinter dem gestrigen enormen Rentenausgebot am hiesigen Plage
den Operationsplan einer Gruppe von Finanzmännern, welche von
der Bank einen großen Posten Renten zu billigen Preisen kaufen
wollen. — In Banquierkreisen wird behauptet, die dieswöchentliche
Bankrevision ergebe, daß bis zum Notenmaximum nur noch 60 Millio-
nen Banknoten disponibel seien. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Rom, 21. Nov. Die französischen Korvetten sind von Civitavecchia
nach Toulon zurückgekehrt. — Der neue französische Gesandte Goulard
trifft erst Mitte Dezember hier ein. Graf Harcourt soll den Posten zu
fernerem Verbleiben in Rom bewogen haben. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Rom, 22. Novbr. Die Gesandten Portugals und der Nieder-
lande am italienischen Hofe sind hier eingetroffen und werden ihren
bleibenden Aufenthalt hier nehmen. — „Opinione“ zufolge wird der
bisherige Präsident der Deputiertenkammer, Biancheri, auch für die
jetzige Session als Kandidat für die Präsidentschaft der Deputierten-
kammer seitens des Ministeriums bezeichnet. — Das Journal „Voce
della Verità“ versichert, daß nächsten Freitag wiederum Ernennungen
und zwar größtentheils italienischer Bischöfe erfolgen würden.

Bern, 22. Novbr. Der Nationalrath beschloß in seiner heutigen
Sitzung die Aufnahme eines neuen Artikels in die Bundesverfassung,
wodurch der Bund zur Aufstellung der allgemeinen Vorschriften für
Bergbau im Wege der Gesetzgebung und unter Beachtung der im Art.
30 der Bundesverfassung gewährleisteten allgemeinen Handels- und
Gewerbefreiheit für kompetent erklärt wird. Der bezüglich der finan-
ziellen Ertragnisse den Kantonen gemachte Vorbehalt betreffend den
Bergbau bezieht sich hauptsächlich auf die Salinen.

Madrid, 21. Novbr. Nachdem der König das definitive Verblei-
ben des Ministeriums im Ante, ungeachtet des Konfliktes, der im Kon-
greß durch die vereinigten Radikalen, Karlisten und Republikaner
herborgehoben worden war, beschlossen, ist de Blas, ehemaliger Ge-
sandter in Holland, zum Minister des Auswärtigen ernannt worden.

Antwerpen, 22. Nov. Die Quarantänemaßregeln für Schiffe,
welche aus Petersburg, Memel, Königsberg und von der Elbe kom-
men, sind aufgehoben.

Odesa, 21. Nov. Im Kaukasus tritt die Cholera heftig auf.

(Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Bukarest, 21. Nov. Eine Ministerkrise ist ausgebrochen; das
ganze Kabinet hat demissionirt. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

New-York, 21. Novbr. Zu Ehren des Großfürsten Alexis haben
vielfache Ovationen stattgefunden. Es fand eine große Revue statt,

bei der 10,000 Mann unter den Waffen waren, General Dix hielt
eine Ansprache an den Großfürsten, in welcher er namentlich die Ver-
dienste des Kaisers Alexander um die Zivilisation hervorhob. In seiner
Antwort betonte der Großfürst die freundschaftlichen Beziehungen
zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten, die so fest und dauer-
haft begründet seien, daß Nichts sie stören könne. — Morgen begiebt
sich der Großfürst nach Washington, um dem Präsidenten Grant einen
Besuch abzustatten.

Brief- und Zeitungsberichte.

Δ Berlin, 22. Nov. Die Beratungen des Reichstages sind
in den jüngsten Tagen nicht so gefördert worden, daß man mit Sicher-
heit darauf rechnen darf, der bisher angenommene Schlusstermin könne
innegehalten werden. Wahrscheinlich wird die sonst gern vermiedene
Eventualität eintreten, daß die Sitzungen des Landtages mit denen des
Reichstages einige Tage neben einander herlaufen. Man nimmt in
parlamentarischen Kreisen an, daß die Session des Reichstages erst am
30. November werde geschlossen werden. — Der auf gestern Nachmittag
anberaumte Ministerrath, in welchem entscheidende Beschlüsse über
gleichzeitig eingetretene Unwohlseins dreier Minister, des Fürsten
Bismarck und der Grafen Noen und Eulenburg, ausgeföhrt werden.
Bei keinem der Genannten ist das Unwohlsein ein erhebliches, doch
wird der Reichskanzler wohl mehrere Tage nicht im Reichstage erschei-
nen können. Bei der Wichtigkeit mehrerer noch zur Erledigung stehen-
den Fragen wird diese Lücke schwer empfunden werden. — Ueber die
Mittel für die in Aussicht genommenen neuen Eisenbahnen sind
verschiedene Meinungen in der Presse laut geworden. Unter Anderem
ist auch davon die Rede, daß zu diesem Zwecke die Mittel des Staats-
schatzes herangezogen werden könnten. So viel ich von unterrichteter
Seite höre, ist eine definitive Entscheidung über die Beschaffung der
Mittel noch nicht getroffen, doch gilt es als ziemlich gewiß, daß die aus
dem Staatsschatz flüssig gewordenen Mittel nicht diese Verwendung
erhalten sollen. — Die Handelskammer in Trier hat den Wunsch aus-
gesprochen, daß eine neue Post-konvention mit dem Großherzogthum
Luxemburg abgeschlossen werde. Es wird dies Verlangen dadurch
motivirt, daß die Versendung von Paketen und Werthgegenständen in
das Luxemburgische Postgebiet theuer und umständlich sei. — Das
Plenum des Landes-Oekonomie-Kollegiums wird in diesem
Jahre zu einer Herbstsession nicht einberufen werden.

CS. Es liegt in der Absicht, dem Reichstage den Vorschlag zu
machen, das Rayongesetz in der Fassung, wie es aus den Be-
schlüssen der Kommission hervorgegangen ist, en bloc anzunehmen.

— Ueber die dem preussischen Landtag vorzulegende Kreisord-
nung haben, wie der „Wtr. Ztg.“ geschrieben wird, in parlamentari-
schen Kreisen vertrauliche Konferenzen des Ministers des Innern mit
hervorragenden Mitgliedern der preussischen Kammern stattgefunden.

— Der vielbesprochene Arbeiterkongreß, welchen die Sozial-
demokraten zur Schöpfung eines großen Arbeiterbundes ausge-
schrieben, nahm am Sonntag Vormittag unter dem Vorsitze des Herrn
Hafencleber im Saale des Handwerkervereins seinen Anfang. Da
die Betheiligten ausschließlich aus Sozialisten und Mitgliedern von
Striktkassen bestanden, so hielt sich der Kongreß in seiner äußeren und
inneren Färbung streng in den Grenzen einer kleinen sozialdemokra-
tischen Versammlung und bot keinerlei hervorragende Momente dar.
Fast sämtliche Redner begrüßten in der Generaldebatte die projektirte
Vereinigung aller Arbeiter aus allen Branchen mit Freude, man be-
tonte die Nothwendigkeit einer Solidarität der Arbeiter-Interessen
gegenüber der internationalen Macht des Kapitals, man appellirte an
den starken Arm des Proletariats, man prophezeigte, daß das Bei-
spiel Berlins anstehend auf die Provinzen wirken würde, und das
ceterum censeo ging dahin, daß ein solcher durch die geschlossenen
Reihen sämtlicher Arbeiter hergestellter „bewaffneter Friede“ das ein-
zige Mittel sei, um künftighin Strikes zu verhindern oder aber,
wie ein Redner sich ausdrückte, daß „dann der Klumpen Fleisch“, auf
den sich die Kapitals-Bulldogge stürze, im Stande sei, der Welt einen
Maulkorb anzulegen, der mehr Steuer koste als 3 Thlr. in der Re-
sidenz. — Bevor der Kongreß sodann zu seiner eigentlichen Aufgabe,
Beratung der aufgestellten Bundesstatuten, schritt, wurde durch die
Mandatsprüfungs-Kommission konstatiert, daß 22 Geschäftszweige
mit einem Personenstande von 12,915 Mann durch 141 Delegirte ver-
treten waren.

— In der verfloffenen Woche wurde hier eine von etwa 400 Theil-
nehmern besuchte Versammlung abgehalten, in der Verabredungen über
einen demnächst zu organisirenden Strike der Berliner Aerzte
getroffen werden sollten; namentlich beabsichtigten die Einberufer
gegen das Umwesen der Hausarzt-Stellen vorzugehen. Ob und welche
Resultate die Herren erzielt, darüber ist bis jetzt noch nichts in die
Öffentlichkeit gedrungen.

— Die ungeheilte Anerkennung, welche das Schillerland-
bild in allen Kreisen der öffentlichen Meinung findet, hat die städti-
schen Behörden veranlaßt, der Stadtverordnetenversammlung zu pro-
poniren, dem Professor Wegas über die kontraktlichen Verpflichtungen
hinaus einen Ehrenpreis von 5000 Thaler zu bewilligen.

Elbing. Der Protest des Herrn Probst Hoppe gegen das Ver-
fahren des Magistrats bei Besetzung der ersten Lehrerstelle an der St.
Nikolaischule ist insoweit ohne Wirkung gewesen, als es ihm nicht ge-
lungen ist, die Regierung dazu zu bewegen, Herrn Ruch die Bestäti-
gung der vollzogenen Wahl zu verweigern. Die Bestätigung der t.
Regierung zu Danzig ist am Sonnabend hier angelangt. Dieses Re-
sultat war vorauszu sehen, da Hr. Probst Hoppe das vertragsmäßige
Recht, drei Kandidaten zu der Stelle zu präsentiren, in keiner Weise
geschmälert worden ist. (Elb. Anz.)

Leipzig, 19. Nov. Ein am hiesigen Bezirksgerichte angestellter
Referendar jüdischer Konfession hatte gegen die hieszulande noch be-
stehende Beschränkung, daß jüdische Richter den Befehlen des
christlichen Glaubens den Eid nicht abnehmen dürfen, beim königl.
sächsischen Justizministerium Verwahrung eingelegt, unter
Verufung auf das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869, welches alle noch be-
stehenden, aus der Verchiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergelei-
teten Beschränkungen aufhebt. Obwohl es Nichtern christlicher Kon-
fession nicht verwehrt ist, jüdische Parteien zu verteidigen und dies

auch oft genug vorkommt, so hat dennoch das Justizministerium dahin
entschieden, daß es bei dieser Beschränkung auch fernerhin zu verbleiben
habe. Wie die „D. Allg. Ztg.“ hört, wird der genannte Referendar
seine Angelegenheit vor den Reichstag bringen.

Madrid, 19. Novbr. In einer der letzten Kongresssitzungen
glaubten die Anhänger des Ministeriums einen Schlag gegen Zorilla,
Rivero und ihre politischen Freunde und selbst gegen das Andenken
des Generals Prim führen zu können, indem sie von denselben behauptet
teten, daß sie sich in Unterhandlungen über den Verkauf Cuba's
an die Vereinigten Staaten eingelassen hätten. Den meisten Spaniern
würde auch nur der Gedanke an die Aufhebung jener Kolonie für
nichts Geringeres als ein Verbrechen am Vaterlande erscheinen; daher
der Eifer, womit Zorilla und die Seinigen sich gegen diese Unter-
stellung vertheidigten. Rivero ist noch über die parlamentarische Ab-
wehr hinausgegangen und hat den bisherigen Gesandten der Verei-
nigten Staaten als Schutzeugen angerufen. General Siles stellte
Herrn Rivero darauf das Zeugnis aus, daß er ihm gegenüber nie-
mals eine Aeußerung zu Gunsten der Abtretung Cuba's gehört habe,
daß vielmehr Rivero Martos Becerra, sowie Prim selbst nebst den
übrigen Staatsmännern der Revolution ihm, dem Gesandten der
Union, ihre Absicht erklärt hätten, der Kolonie Gerechtigkeit widerfahr-
en zu lassen und sie als spanische Provinz mit allen in der Verfassung
von 1869 gewährleisteten Rechten zu behandeln, und diese Versicherung
habe mehr als alles Andere dazu beigetragen, daß die Vereinigten
Staaten den kubanischen Angelegenheiten gegenüber sich der Politik
der Nichtbetheiligung befleißigen hätten. — Ein von dem Karlisten D. Choa
eingebrachter Antrag auf Wiederherstellung der Röstler
ist, nachdem er in Erwägung gezogen, beseitigt worden, indem der
Kongreß mit 187 gegen 78 Stimmen beschloß, ihn nicht an den Aus-
schuß zu verweisen. — Die spanische Besatzung in dem afrikanischen
Fort Melilla ist noch immer von den Mauren des Rif's bedrängt,
und trotz aller Versprechen des Kaisers von Marokko wollen die zum
Erlaß abgeordneten Truppen unter dem Befehle des kaiserlichen Prinzen
noch nicht in dem aufständischen Gebiete erscheinen.

Durch Beschluß der spanischen Cortes wurde die Internatio-
nale in Spanien bekanntlich als außerhalb des Gesetzes stehend er-
klärt und wurden demzufolge die Justiz-Behörden des Königreichs mit
der Verfolgung der Gesellschaft, ihrer Leiter und Mitglieder beauf-
tragt. Wie hiesiger Blätter mittheilen, haben die bei den vorgenom-
menen Verhaftungen saffirten Papiere den Beweis geliefert, daß die
zahlreichen Strikes in Spanien lediglich die Ausführung eines von
den Führern der Internationale entworfenen Planes sind. Es soll
ferner daraus hervorgehen, daß der General-Rath eine allgemeine
Arbeitseinstellung vorbereite, welche im Monat Dezember gleichzeitig
in allen größeren Industriestädten Europas ausbrechen sollte.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 23. November

— Der Herr Oberpräsident Graf Königs-Mark ist heut früh
von seinem Landgute wieder nach Posen zurückgekehrt.

S. Put, 21. Novbr. [Feuer.] Gestern Abend brannte ein Scho-
ber des Gutsbesizers Dr. Pawlowski auf seinem weßlich von der Stadt
gelegenen Felde ab. Der Schober enthielt Gemäthsutter, war nicht
versichert und soll der Beschädigte den Schaden ca. 300 Thlr. berech-
nen. Gleichzeitig brannten in der Stadt das kleine Häuschen des Bött-
chers Krollkewicz an der Neustädter Straße, sowie die benachbarten
Stallungen des Klempnermeisters Bolze total nieder. Außer den hie-
sigen beiden Spritzen waren noch mehrere auswärtige thätig. In bei-
den Fällen wird böswillige Brandstiftung vermuthet.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Rumänische Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft in Berlin.

Nach der am Sonnabend erfolgten Eintragung in das Gesellschafts-
Register des Berliner Stadtgerichts kann der Sitz der Gesellschaft auf
Beßelhof des Aufsichtsraths nach einem andern Orte verlegt werden.
Zweck der Gesellschaft ist der Bau und der Betrieb von Eisenbahnen
in Rumänien, insbesondere die Uebernahme, der Weiterbau und der
Betrieb der in Rumänien gelegenen Eisenbahnen: a) von Roman über
Teusht nach Galatz mit einer Zweigbahn von Teusht nach Berlad,
b) von Galatz über Braila, Budest, Ploischi nach Bukarest, c) von
Bukarest über Pitesti, Blatinia, Craiova nach Turnu Severin und
Birciorova und eventuell d) von Budest (Buzco) über Josenau nach
Adjud (S. 3). — Die Dauer der Gesellschaft ist auf eine bestimmte Zeit
nicht beschränkt. (S. 4). — Das Grundkapital der Gesellschaft ist vor-
läufig auf 52,340,500 Thlr., Zwei und fünfzig Millionen, Dreihundert
vierzig Tausend, Fünfhundert Thaler festgelegt und zerfällt in 523,405
Aktien, jede Aktie zu Hundert Thaler. (S. 5). Das Grundkapital kann
bis zum Betrage von 66,000,000 Thlr., Sechs und sechzig Millionen
Thaler durch Beschluß des Aufsichtsraths erhöht werden. (S. 7). Die
Aktien lauten auf den Inhaber. (S. 5). Der Vorstand (die Direktion)
besteht aus zwei Mitgliedern oder nach dem Ermessen des Aufsicht-
sraths aus einer größeren Anzahl Mitglieder; der jeweiligen Mitglieder-
zahl entsprechend können zwei oder mehrere stellvertretende Direktoren
erwählt werden. (S. 22). Alle Erklärungen, Urkunden, Verträge und
Verhandlungen, welche die Direktion ausstellt, resp. vollzieht, sind ver-
bindlich für die Gesellschaft, wenn der Firma der Gesellschaft die Unter-
schriften entweder zweier Mitglieder der Direktion oder eines Mitgliedes
derselben und eines Stellvertreters (S. 22) oder eines Mitgliedes der
Direktion und eines vom Aufsichtsrathe notariell oder gerichtlich zur
Mitzeichnung der Firma per Procura ermächtigten Gesellschaftsbeam-
ten, welcher seiner Unterschrift einen die Procura andeutenden Auf-
satz hinzusetzen hat, beigefügt sind (S. 23). Zur Zeit besteht der Vorstand
aus zwei Mitgliedern: 1. dem Baumeister Alfred Lent zu Berlin, 2.
dem Kaufmann Julius Schab zu Berlin.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Angelkommene Fremde vom 23. November.

BERWIG'S HOTEL DE ROSE. Die Rittergutsbes. Sperling u. Frau
a. Grybno, v. Rogalski u. Fr. a. Redowo, die Kaufl. Dörf a. Kö-
nigsberg i. Pr., Wehlbaum a. Leipzig, Leppmann u. Schneider a. Ber-
lin, Heilborn a. Breslau, Pfeiffer a. Danzig, Reumann a. Elbing,
Wald a. Stettin, Freitag a. Gotha.

ERNST'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbes. v. Kurnatowski nebst
Dienerin, a. Dousiny, Dwis a. Lowencin, v. Dobraski u. Frau a.
Barbarowo, Graf v. Gutowski a. Drowaz, Madem. Trojnska a.
Krajan, die Kst. Türk a. Königsberg, Löwenherz a. Hamburg, Schmidt
a. Erfurt, die Rent. Moris a. Dresden, Wächter a. Berlin, Fabrikant
Simon u. Fr. a. Köln.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbes. v. Knoll a. Hohenwalde und

